

## **Große Anfrage**

**der Abgeordneten Duve, Bernrath, Brandt (Grolsheim), Frau von Braun-Stützer, Egert, Rentrop, Neuhausen, Timm, Frau Dr. Engel, Dr.-Ing. Laermann, Conradi, Frau Dr. Martiny-Glotz, Dr. Osswald, Weisskirchen (Wiesloch) und der Fraktionen der SPD und FDP**

### **Innerstaatliche Kulturpolitik**

Soziale Veränderungen und lebendige Kultur bewirken eine ständige Entwicklung von Kunstauffassungen und des Kulturbegriffs. Die Kulturgüter der Vergangenheit und die kulturellen Leistungen der Gegenwart bewahren und erhalten ihre Bedeutung nur durch Öffentlichkeit und Teilhabe der Bürger. Die kulturelle Vielfalt in der Bundesrepublik Deutschland beruht auf der föderativen Tradition, die ihre Ausprägung in der Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern gefunden hat. Bei allem Gewicht, das die Länder im Rahmen dieser Zuständigkeitsverteilung haben, verbleibt dem Bund eine Fülle von Aufgaben. Aus diesem Grunde sollten auch dem Deutschen Bundestag die in der Verantwortung der Bundesregierung liegenden kulturellen Aktivitäten dargestellt werden.

Deshalb fragen wir die Bundesregierung:

1. Von welchen Grundüberlegungen und Zielen läßt sich die Bundesregierung bei ihrer innerstaatlichen Kulturpolitik leiten? Wie beurteilt die Bundesregierung die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden auf dem Gebiet der Kulturpolitik?
2. Welche Haushaltsmittel des Bundes konnten in den letzten Jahren für Zwecke der Kulturförderung im Inland eingesetzt werden?
3. Wie sind die für die Deutsche Nationalstiftung bestimmten Mittel bisher eingesetzt worden?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit den Ländern?
5. Hält die Bundesregierung neue Akzente und Entwicklungen beim künftigen kulturellen Förderungsprogramm für wünschenswert?

- a) Welche Maßnahmen oder Modellversuche hat die Bundesregierung eingeleitet und durchgeführt, um das musisch-kulturelle Angebot im Zusammenwirken von Kulturbereich und Bildungswesen zu erweitern und welche Erfahrungen sind dabei gemacht worden (z. B. Mitwirkung von Künstlern, Jugendkunstschulen, Museumspädagogik, Stadtteilarbeit, Jugend- und Kommunikationszentren, Seniorenarbeit)?
  - b) Welche Bedeutung für die gemeinsame Arbeit von Bund und Ländern mißt die Bundesregierung z. B. der Förderung der Alltagskultur zu?
  - c) Welche Maßnahmen und Modelle für entsprechende Aus- und Weiterbildung von Künstlern sollen auch künftig besonders gefördert werden?
6. In welchem Umfang konnte der Maßnahmenkatalog der Bundesregierung zur Verbesserung der beruflichen und sozialen Lage der Künstler und Publizisten aus dem Jahre 1976 inzwischen verwirklicht werden?
- a) Welche Maßnahmen konnten bisher und aus welchen Gründen nicht verwirklicht werden?
  - b) Auf welchen Gebieten und mit welcher Zielsetzung sollte der Maßnahmenkatalog erweitert werden?
  - c) Welche Maßnahmen sind vorgesehen, die der besonderen sozialen und beruflichen Lage der Künstlerinnen Rechnung tragen?
7. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß in der Bundesrepublik Deutschland für die Begründung kulturpolitischer Entscheidungen hinreichende Daten und Informationen verfügbar sind? Wenn nein, was gedenkt die Bundesregierung insoweit zu tun, insbesondere auch, um auf diese Weise das volkswirtschaftliche Gewicht von Kunst und Kultur mehr als bisher deutlich zu machen?
8. Welchen Stellenwert nimmt die Entwicklung des Kunsthandwerks ein?
9. In welchen Bereichen sieht die Bundesregierung ihre besonderen kulturpolitischen Verpflichtungen? Wo sieht sie Schwierigkeiten und Probleme?

Bonn, den 10. Dezember 1981

**Duve**  
**Bernrath**  
**Brandt (Grolsheim)**  
**Egert**  
**Conradi**  
**Frau Martiny-Glotz**  
**Dr. Osswald**  
**Weisskirchen (Wiesloch)**  
**Wehner und Fraktion**

**Frau von Braun-Stützer**  
**Rentrop**  
**Neuhausen**  
**Timm**  
**Frau Dr. Engel**  
**Dr.-Ing. Laermann**  
**Mischnick und Fraktion**